

TOP:

10

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Federführendes Amt :Hauptamt

Datum

28.11.2018

Drucksache-Nr.:01-92-2018

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Satzungskommission	13.11.2018	Beratung				
Stadtverordnetenversammlung	13.12.2018					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen (Einwohnerbeteiligungssatzung - EbetS).

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen (Einwohnerbeteiligungssatzung - EbetS).

Beratungsergebnis:

Gremium: Sitzung am: TOP

Anz. Mitgl. :19 dav. anwesend Ja..... Nein..... Enthalt.....

Laut Besch.vorlage..... Abweichender Beschl.(Rückseite).....

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Gemäß § 13 BbgKVerf beteiligt und unterrichtet die Gemeinde die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen, *Einwohnerbefragungen (Ergänzung)* oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung. Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.

Durch die Formulierung "sollen" in § 13 Satz 2 BbgKVerf verdeutlicht der Gesetzgeber, dass neben den bereits in der Vorgängerregelung enthaltenen Formen der Einwohnerbeteiligung auch das Format der Einwohnerbefragung durch die Kommunen als regelmäßig anzuwendende Form der dialogorientierten Einwohnerbefragung eingeführt und praktiziert werden soll.

Einzelheiten können in der Hauptsatzung oder in einer gesonderten Satzung geregelt werden. Auf die Regelung von Einzelheiten kann aber nicht generell verzichtet werden.

Dies bedeutet im Ergebnis, dass in die Hauptsatzung zunächst eine Regelung zur obligatorischen Durchführung von Einwohnerbefragungen mit aufgenommen werden muss.

Einzelheiten in der Stadt Kremmen sollten in einer gesonderten Einwohnerbeteiligungssatzung geregelt werden.

Die Mitglieder der Satzungskommission haben über die Einwohnerbeteiligungssatzung beraten.

gez. B. Haak
Hauptamtsleiterin

.....

.....



Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen (Einwohnerbeteiligungssatzung-EbetS)

Aufgrund der §§ 3 und 13 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07 Nr. 19 S. 286) in der zur Zeit gültigen Fassung und § 3 der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 18.12.2007 in der Fassung zur Zeit gültigen Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen in ihrer Sitzung am 13.12.2018 folgende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen (Einwohnerbeteiligungssatzung-EbetS) beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Für die in § 3 der Hauptsatzung der Stadt Kremmen aufgeführten Formen der Einwohnerbeteiligung werden folgende Einzelheiten bestimmt:

§ 2

Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung

- (1) In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen sind alle Personen, die in der Stadt Kremmen ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Gemeindeangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den hauptamtlichen Bürgermeister zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde).
- (2) Die Einwohnerfragestunde wird nach Feststellung der Tagesordnung durchgeführt und sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (3) Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen 3 Minuten nicht überschreiten.
- (4) Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.
- (5) Beschließt die Stadtverordnetenversammlung, Einwohner, die vom Gegenstand der Beratung betroffen sind, oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen. Sachverständige sind dabei Personen, die aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse und Ausbildung in der Lage sind, der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis von Tatsachen, Erfahrungen, Bewertungen und fachlichen Auffassungen zu vermitteln.



- (6) In den öffentlichen Sitzungen der Ortsbeiräte werden Einwohnerfragestunden durchgeführt. Die Beantwortung von Einwohnerfragen in den Sitzungen ist nur zulässig, wenn es sich um ortsteilbezogene Angelegenheiten handelt und diese Angelegenheit der Anhörung des Ortsbeirates bedürfen oder der Entscheidung des Ortsbeirates gemäß § 46 Abs. 1 und 3 BbgKVerf i.V. mit den entsprechenden Regelungen der Hauptsatzung der Stadt Kremmen obliegen.

§ 3

Einwohnerversammlung

- (1) Wichtige Stadtangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Stadt Kremmen bzw. in den Ortsteilen durchgeführt werden.
- (2) Der Bürgermeister beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, ein. Die Vorschriften für die Bekanntmachung der Satzung Stadtverordnetenversammlung gelten entsprechend. Der hauptamtliche Bürgermeister oder eine von ihm beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt Kremmen bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, besitzen in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem hauptamtlichen Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.
- (3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Gemeindeangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens 2,5 v.H. der Einwohner, die das 16. Lebensjahr beendet haben, der Stadt Kremmen unterschrieben sein.

§ 4

Einwohnerbefragung

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann in wichtigen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (§ 2 BbgKVerf) eine Befragung der Einwohner des gesamten Stadtgebietes oder einzelner Stadtteile beschließen.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung kann auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in wichtigen Angelegenheiten der



örtlichen Gemeinschaft in Anwendung der Regelungen des § 13 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) im Einzelfall eine Befragung der Einwohner beschließen. Der Beschluss ist mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu fassen.

- (3) Sie dient dazu, die Meinung der Einwohner zu erfragen und in die Beratung der Stadtverordneten mit einzubeziehen.
- (4) Die Befragung kann auch auf bestimmte Einwohnergruppen (z.B. Jugendliche, Senioren, Frauen, Männer, etc.) bzw. auf bestimmte Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden.
- (5) Die Fragen sind grundsätzlich so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Eine Auswahl zwischen unterschiedlichen Varianten ist möglich. Stehen mehr als zwei Varianten zur Befragung, kann die Stimmabgabe auch per Präferenzwahl erfolgen.
- (6) Die konkrete Fragestellung, Zeit, und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch die Stadtverordnetenversammlung jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und bekannt gemacht.
- (7) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt dem hauptamtlichen Bürgermeister. Das Ergebnis der Befragung ist vor einer weiteren Beratung des Themas öffentlich bekannt zu machen.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Kremmen, den

Sebastian Busse
Bürgermeister

